Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

279 (1.12.1925)

Visual Library

№ 279 Dienstag, den 1. Dezember 1925 168. Jahrgang

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Die politische Aussprache im Badischen Landtag

DZ. **Karlsruhe,** 30. Nov. 1925.

Angesichts der zu erwartenden Regierungserklärung und großen politischen Aussprache sind die Zuhörertribünen dicht besetzt. Auch das Haus ist fast vollzählig erschienen. Am Regierungstisch haben die Minister Platz genommen, umgeben von den Ministerialdirektoren und Referenten.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet ¾4 Uhr die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kurze Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Föhr** (Ztr.) betr. Aufwertung und Gebäudesondersteuergesetz äußert sich Ministerialrat **Imhoff** über die gesetzliche Rechtsgrundlage für Aufwertungssachen. Eine kurze Anfrage des Abg. **Heurich** (Ztr.) wird von Oberregierungsrat **Emmele** wie folgt beantwortet: Der Rechtsanspruch auf Leistungen aus der **Arbeitslosenversicherung** soll sichergestellt werden. Wegen Gewährung der Kurzarbeiterzulage schweben Erörterungen im Reichsarbeitsministerium an denen auch ein badischer Vertreter teilnimmt. Ein Mißbrauch der Arbeitspflicht wird geahndet.

Darauf verliest Staatspräsident **Trunk** unter großer Spannung die an anderer Stelle wiedergegebene

Regierungserklärung.

Es folgt die Begründung der förmlichen **Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung** betr. das

Fahnenverbot beim Einzug des Reichspräsidenten

durch den Abg. Dr. **Schmitthenner.** Der Redner setzt auseinander, daß das Verbot entgegen dem durch die Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäußerung ergangen sei. Die betroffenen Vereine und Verbände bewegten sich durchaus innerhalb der gesetzlichen Schranken. Es habe nicht der geringste Anlaß zu der Befürchtung bestanden, daß sich aus dem Mitführen schwarz-weiß-roter Fahnen ein rechts- und ordnungswidriger Zustand ergeben könnte. Die Bestimmung des Badischen Polizeigesetzes, auf die sich das Verbot gründet, dürfe nicht zur Willkür der Parteien werden. Ein solches Verfahren würde uns in die dunkelsten Zeiten des Polizeistaates zurückführen. Das Fahnenverbot sei auch eine Vergewaltigung der Seele. Wir wollen nichts, als unser Recht und revoltieren deshalb gegen das Verbot (Hört, hört!). Wir werden uns das Recht, unsere Gesinnung auch nach außen zu bekunden, nicht nehmen lassen, zu bekunden durch die schwarz-weiß-rote Fahne, die Zeugnis gibt von unserer großen Vergangenheit und sich mit unseren Idealen deckt. Durch das Verbot habe die Regierung gegen das heilige Gebot der deutschen Einigkeit gesündigt. Sie habe die Zersplitterung in das helle Licht des Tages gerückt und über den Gedanken der Einigkeit das Odium der Parteizwistigkeit gestellt. — Die Rede wird von der Linken wiederholt von Widerspruch und Heiterkeit begleitet, von der rechten Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen, welch letzteres der Präsident rügt.

Innenminister Remmele

führt zur Beantwortung der Förmlichen Anfrage folgendes aus: Außerhalb dieses Hauses würde ich sagen: Es ist eine Ungezogenheit, erst ein Urteil zu fällen und dann den Verurteilten nach den Gründen seines Handelns zu fragen. Das Vorgehen gegen den Minister scheint mir auf einem Machtbewußtsein zu beruhen, für das eine reale Unterlage nicht vorhanden ist. Der Abg. Dr. Schmitthenner hat aber insofern unrecht, als ein Verbot der schwarz-weiß-roten Flagge **nicht** ergangen war. Die Bekanntmachung des Karlsruher Bezirksamts vom 9. November sprach von der Zulassung der Reichs- und Landesfarben. Das Verbot richtete sich **gegen die Kampffahnen der politisch extremen Verbände.**

Der Redner schildert in diesem Zusamenhang die Flaggenzeichen der vaterländischen Organisationen und bemerkt, daß der Bund **nationaler Studenten** seine schwarz-weiß-rote Fahne beim Einzug des Reichspräsidenten mitgeführt hat (Hört, hört!)

Der Minister äußert sich dann über die Rechtsgrundlage des Verbots wie sie im badischen Landrecht und Polizeistrafgesetz zu finden ist.

Wieso kam nun die Regierung zu ihrer Entscheidung? Ich weise darauf hin, fährt der Redner fort, daß **Störungen** beim Einzug des Reichspräsidenten nicht nur in Deutschland, sondern bei der Stellung des Reichspräsidenten über die Grenzen hinaus großes Aufsehen erregen mußten. Die Polizei hat aber die Pflicht, nicht nur bei Störungen einzugreifen, sondern vor allen Dingen solche zu **verhüten.** Davon ausgehend hatten beim Besuch des Reichspräsidenten im **Rheinlande die vaterländischen Verbände darauf verzichtet,** schwarz-weiß-rote Fahnen mitzuführen (Hört ,hört!). Es muß unser **Grundsatz sein, alles zu unterlassen, was die Gegensätze zu verschärfen geeignet ist.** Waren unsere Befürchtungen berechtigt? Die vaterländischen Verbände hatten, als sie vom Besuche des Reichspräsidenten hörten, im **ganzen Lande geworben,** daß ihre Angehörigen nach Karlsruhe kommen. Es war der Wille bei dieser Gelegenheit **eine Art „Deutscher Tag"** zu arrangieren. Die „Arbeiter-Zeitung" vom 31. Oktober und 11. November hatte daraufhin zur Aufbietung der **Kriegsverletzten, Erwerbslosen** und **Verarmten** aufgerufen, um dem Reichspräsidenten zu zeigen, wie groß die Not sei. Die Polizei in Karlsruhe war daher zu **vorbeugenden Maßnahmen gezwungen.** Ich sage es noch einmal: In welch **peinliche Situation** wäre die Regierung geraten, wenn sie Polizei hätte einsetzen müssen. Würden die Kreise, für die Herr Dr. Schmitthenner sprach ,der neuen Reichsflagge die gebührende Achtung entgegenbringen wie **wir** sie für die alten Reichsfarben als Erinnerungszeichen eines opfervollen Ringens empfinden, so hätte die Polizei Ruhe und wir bräuchten uns heute nicht in der Weise zu unterhalten (Zurufe: Sehr richtig!) Die Regierung hat die Pflicht, alles zu tun, um die neue Reichsflagge zur Anerkenung und Achtung zu bringen. **Die Art, wie der Reichspräsident der Republik dient,** findet, wie schon aus der Regierungserklärung hervorgeht, unseren vollen Beifall (Sehr gut!) Seine Kritiker sind in den Kreisen um Herrn Dr. Schmitthenner zu suchen (Sehr gut!) Die schwarz-weiß-rote Fahne stempelt man heute zum Wahrzeichen völkischer Ziele und fördert so die Grundlage zu Zusammenstößen. Der Minister erinnert zum Schluß an die vielen Fälle von **Schmähungen und Beschmutzungen der neuen Reichsflagge** durch rechtsradikale Elemente u. sagt: **Mit viel größerem Recht können wir uns auf dieser Seite über Tyrannei beklagen u. auf einen Metternich hinweisen. Ich bestreite Ihnen das Recht,** sich von dem Fahnenverbot bedrückt zu fühlen. Es ist gut überlegt und fundiert auf Grund von **Erfahrungstatsachen** der letzten Jahre. **Die Gesamtregierung hat das Vorgehen des Innenministers gebilligt.** Es lag uns fern, etwa ein Ausnahmeverbot zu schaffen. Für uns kam in Betracht die **Sicherung der Ordnung,** in dem Bestreben, daß der Einzug des Reichspräsidenten zu einem **Ehrentage** für die gesamte Bevölkerung werden muß und nicht zu einem Anlaß zur Bekundung **einseitiger parteiegoistischer Interessen,** wie es einzelne Teile der vaterländischen Verbände gerne gesehen hätten.

Die Besprechung der Förmlichen Anfrage wird mit der nun einsetzenden

großen politischen Aussprache

verbunden.

Als erster Fraktionsredner spricht Abg. **Duffner**

vom Zentrum.

Er stimmt der Regierungserklärung zu unter Hinweis auf die zu erfüllenden großen und schweren Aufgaben und verliest dann eine Erklärung, die dem Bedauern Ausdruck gibt, daß die Karlsruher **Polizeidirektion Gründe** hatte, Anordnungen zu treffen, um beim Empfang des Reichspräsidenten Demonstrationen zu verhindern. Die Regierung habe in diesem Falle **ihre Pflicht getan.** Der Redner beschäftigt sich dann mit der deutschen **Außenpolitik.** Das Zentrum sehe in Locarno die Grundlage für eine friedliche Weiterentwicklung. Wir wünschen, daß der Geist der Ritterlichkeit und des Rechtssinnes **alle Völker,** nicht nur uns Deutsche, beseele. Wir bedauern die **vertrauenzerstörende Politik der Deutschnationalen.** Abg. Duffner kommt alsdan nauf die Frage der badischen **Regierungsbildung** zu sprechen. Eine **Koalition der Mitte** wäre nicht zu vereinbaren gewesen mit dem **Ausfall der Wahl** vom 25. Oktober. Man dürfe die Verdienste der Sozialdemokratie um die Rettung des Staates 1918 nicht vergessen. Unser Ziel ist **nach wie vor die große Koalition,** wenn nicht die Volksgemeinschaft. Es war uns bitter ernst damit und wir wären zu weitgehendem Entgegenkommen bereit gewesen. Nur in einem mußten wir fest bleiben, in der entschiedenen Forderung der **Gleichberechtigung des katholischen Volksteiles** auf den Kathedern unserer Hochschulen. Trotz alledem sind wir willens, an der politischen Linie seit 1918 festzuhalten. Der Redner streift weiterhin Fragen der **Kulturpolitik,** um sich dann über unsere schwierige **Wirtschaftslage** und ungeheuere soziale Not zu verbreitern. Hierzu stehe in unerträglichem Widerspruch die Tatsache, daß sich ein **unglaublicher Luxus** breit macht und ein Fest das andere jagt. Daneben sehen wir einen **Standesmaterialismus, der jeden Gemeinsinn vermissen läßt.** Der Redner schließt: Wir wollen mit allen zusammen arbeiten, die auf der Grundlage der **Verfassung** dem Volke Führer sein wollen in eine bessere Zeit (Beifall beim Zentrum).

Für die Sozialdemokratie

spricht darauf der Abgeordnete **Rückert:** Die Fraktion billigt die Erklärung der Regierung. Eine **andere Politik** als die bisherige einzuschlagen, käme einer **Fälschung des Wahlergebnisses** gleich. Der Stimmenrückgang sei zu bedauern; doch habe die **Wahl** gezeigt, daß die Masse des Volkes mit der badischen Politik **zufrieden ist.** Der 25. Oktober habe der **Weimarer Koalition** eine glatte Zweidrittelmehrheit gebracht und es habe kein Anlaß bestanden, den bisherigen Boden zu verlassen. Wir, die Sozialdemokraten, sind fest entschlossen, die Politik der Weimarer Koalition **fortzusetzen,** auch dann, wenn die **demokratische Partei** in der Regierung nicht vertreten ist. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die **Weimarer Koalition es war, die 1918 den Staat aus den Trümmern** holte. Zumal in einem Augenblick, da es so großes Elend zu lindern gilt, konnte die Sozialdemokratie die Türe zur Regierung unmöglich zuschlagen. Der Redner anerkennt, daß auch das **Zentrum** in den letzten 7 Jahren staatspolitisch manches Verdienst zu buchen habe. Das Beiseitestehen der **Demokraten** sei zu **bedauern,** doch stände ihnen die **Türe zur Regierung immer noch offen.** Nachdem der Redner die Haltung des Innenministers in der **Flaggenfrage** unterstützt und die Auffassung vertreten hatte, daß schwarz-weiß-rot zum Symbol der Feinde der Republik geworden sei, führt er eine scharfe Polemik gegen die Opposition von rechts und links, äußert aber auch sein Mißfallen über das Verhalten mancher **Unternehmer,** das die Arbeiter dem Kommunismus geradezu in die Arme treibe. Der Redner kommt in diesem Zusammenhang auf das ungeheure **soziale Elend der arbeitenden Massen** und **Rentner** zu sprechen, das sich letzten Endes auch in der Not der **Landwirtschaf** wiederspiegle. Die Bereitwilligkeit der Regierung, der größten Not zu steuern, sei darum lebhaft zu begrüßen. Abg. Rückert redet zum Schlusse der **internationalen Verständigung** das Wort, wofür er in Locarno einen hoffnungsvollen **Anfang** erblickt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Um ¾8 Uhr wird die Fortsetzung der Aussprache auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

*

DZ. **Karlsruhe,** 1. Dez. 1925.

In der heute vormittag fortgesetzten

großen politischen Aussprache

spricht zunächst Abg. D. **Mayer** für

die Bürgerliche Vereinigung.

Er wendet sich gegen die Angriffe, die seitens der Vorredner gegen die Deutschnationalen erhoben wurden. Daß letztere anfänglich dem **Locarnopakt** zugestimmt hätten, sei eine Legende; die Auffassung des Abg. Rückert, daß man auf dieser Seite vor den Wahlen viel versprochen und nichts gehalten habe, so z. B. in der Aufwertungsfrage, bezeichnet der Redner als ein Ammenmärchen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß ein Volk, das seinen Lebenswillen bekunde, auf die Dauer nicht mit brutaler Gewalt niedergehalten werden kann. Das deutsche Volk lasse sich aber den Lebenswillen nicht absprechen. Der Redner schließt sich der im Reichstage vom Grafen Westarp geüben Kritik am Locarnovertrag an. Deutschland habe damit ein recht schlechtes Geschäft gemacht. Mit fortwährendem Nachgeben und Unterwerfen sei nichts getan. Wohl haben wir keine Waffen mehr. Haben wir aber nicht die weit schärfere Waffe des Charakters, der inneren Freiheit? Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß Deutschlands Freiheit nur durch die feste Vertretung des deutschen Rechts und der deutschen Würde errungen werden kann. Nun zur **badischen Politik!** Die Wahlmüdigkeit sei zu bedauern; sie beruhe auf einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Man habe kein Vertrauen zur Volksvertretung, zur Regierung, zum Parlamentarismus mehr. Er, der Redner, sei der letzte, der solche Gründe sich zu eigen macht. Die Wahlmüdigkeit müsse überwunden werden. Es fehle lediglich am großen Schwung an der großen Losung. Abg. D. Mayer kommt dann auf die **Regierungsbildung** zu sprechen. Vom formalen parlamentarischen Standpunkt aus habe das Zentrum mit seinen Forderungen durchaus nicht daneben gehauen (Hört, hört!) Daß es ein Ministerium gibt, in dem eine Abteilung nicht dem Ministerialdirektor untersteht, sei ein seltsamer Zustand. Für das bedeutsame **Kultusministerium** ließen sich zwei Ministerialdirektoren wohl rechtfertigen. Auch sei es aus Gründen des schematischen Parlamentarismus zu verstehen, wenn das Zentrum öfters das Amt des **Staatspräsidenten** für sich in Anspruch nimmt. Daß **unsere Minister** fleißige und gewissenhafte Männer sind, haben wir nie verkannt und wir schließen uns dem **Danke des Landtagspräsidenten** durchaus an, wenn er sich auf die Beamtenpflicht und ihre Erfüllung bezieht. Der Redner streift des weiteren die traurige **Wirtschaftslage,** unter der alle Berufsstände leiden, so daß die Frage der Regierungserklärung, wie es mit dem Steuergang stehen werde, wohl berechtigt sei. Voll durchdrungen von der Notwendigkeit eines gesunden, auskömmlich bezahlten **Beamtenstandes,** gibt der Abg. D. Mayer doch der Meinung Ausdruck, daß die Beamtenschaft von Sonderbündeleien absehen und daran denken soll, daß sie ein Glied der Volksgemeinschaft darstellt. Der Ruf „Rettet die Republik!" mutet, so fährt er fort, mich an wie ein hysterisches Geschrei. Mir ist **jede Staatsform** recht, die uns hilft. Wenn es der Republik gelingt, Deutschland wieder zur Ehre, Macht und Freiheit zu bringen, auf die es Anspruch hat, so wird niemand gegen sie ankämpfen. Nach kurzen Bemerkungen über den Flaggenstreit beschäftigt sich der Redner mit Einzelheiten der Regierungserklärung, die nach seiner Auffassung einen stark **föderativen Einschlag** zeigt. Er begrüßt das angekündigte kirchliche Stiftungsgesetz und die günstige Entwicklung des Fortbildungsschulwesens.

Die auf die Wirtschaftsbetriebe des Staates gesetzten Hoffnungen können wir nicht teilen. Die Vergrößerung des Grundkapitals des Badenwerks bedarf der sorgfältigsten Prüfung.

Der Redner schließt: Wir sind auch ferner zur treuen Mitarbeit am Wohle des Volkes bereit und ich weiß, daß man uns finden wird.

Abg. Dr. **Mattes** legt darauf den Standpunkt der

Deutschen Volkspartei

dar. Seine Freunde stehen fest entschlossen hinter dem Werk von **Locarno,** in dem sie den ersten Schritt zur Befriedung Europas sehen. Man freue sich über die heutige Unterzeichnung des Locarnovertrages umsomehr, als Reichsaußenminister Dr. Stresemann Mitglied der Deutschen Volkspartei sei und Reichskanzler Dr. Luther von den Gegnern als ihr nahestehend bezeichnet werde. Der Glaube an die Richtigkeit des Weges von Locarno wird dadurch gestärkt, daß wir den deutschen Reichspräsidenten für uns haben.

Der Redner bespricht dann gleichfalls die Vorgänge bei der **Regierungsbildung,** die zeigten, daß die politischen Verhältnisse bei uns in Baden doch nicht so einfach und ausgeglichen seien, wie es den Anschein habe. Was uns nicht gefällt, ist das einseitige **Parteiregime.** Wir besitzen keinen **überparteilichen Faktor,** der einzige Weg zur politischen Tätigkeit führt durch die Partei. Dieser Zustand sollte geändert werden. Wir sind an die Regierungsbildung herangegangen, mit dem Ziel einer **Koalition der Mitte,** die aber vom Zentrum abgelehnt wurde, weil sie, nach seiner Meinung, eine zu schmale Basis ergeben hätte. Würde man die Koalition der Mitte ernstlich ins Auge gefaßt haben, so wäre man mit der Regierungsbildung in 14 Tagen zum Abschluß gekommen. Es schien sich alsdann eine Mehrheit für die **große Koalition** zu finden. Doch ihr widersprach die Sozialdemokratie. Man hat daraus nicht die Konsequenz gezogen, indem man sagte: Dann ohne die Partei und nicht gegen die Mehrheit!

Der Redner verteidigt in diesem Zusammenhang die volksparteiliche Entschließung zum **Fahnenverbot.** Die gestrigen Darlegungen des Innenministers hätten das dort ausgesprochene Urteil nicht zu ändern vermocht. Der Minister habe nicht bewiesen, daß eine akute Gefahr bestand. Wir können indessen nicht einsehen, daß die erwähnte Entschließung ein genügender Grund war, um die Verhandlungen mit uns abzubrechen. Man wollte einfach nicht. Der Standpunkt, daß der Regierungsanteil sich nach der **Parteigröße** zu richten habe, ist falsch.

Der Redner bewegt sich des weiteren in **Grundsatzfragen seiner Partei.** Er verzeichnet mit Genugtuung, daß man die Nationalliberalen die Partei der Reichsgründung genannt habe. Sache der Volkspartei sei es, das Erbe des Liberalismus zu wahren. Sie sei weit entfernt, eine Manchesterpartei zu sein. Die Not weiter Volksschichten liege auch ihr am Herzen. Die schwersten Aufgabe des Staates ist für uns immer noch die **Finanzfrage,** ernst für den Staat wie für den Steuerzahler. Wir sind für äußerste Sparsamkeit und eine **bessere Lastenverteilung.** Erwünscht ist die bal-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dige Vorlegung des Etats mit dem Ziel der Etatentlastung. Der Grundsatz der **Vereinfachung der Staatsverwaltung** hat immer noch Geltung.

Abg. Dr. Mattes schließt: Die Linie der Deutschen Volkspartei wird die gleiche bleiben, ob sie sich in der Opposition oder in der Regierung befindet. Wir wollen als deutsches Volk stark und frei werden, stark durch das Verstehen und Zusammenarbeiten des ganzen Volkes, frei auf dem Wege des Friedens über Locarno.

Für die demokr. Fraktion nimmt darauf Abg. Dr. **Glockner** das Wort. Er dankt dem Landtagspräsidenten, wie auch dem Staatspräsidenten für die freundlichen und ehrenden Worte, die sie dem ausgeschiedenen Herrn Dr. **Hellpach** gewidmet haben. Hellpach sei den Erwartungen als Fachminister in hohem Maße gerecht geworden, wie sich u. a. in seinen programmatischen Ausführungen im Haushaltsausschuß vom Sommer v. J. zeigte. Wir bedauern, daß er das **Lehrerbildungsgesetz** nicht mehr durchzusetzen vermochte, hoffen aber, daß das Gesetz bald dem neuen Landtag vorgelegt wird, worauf ein von uns gestellter **Antrag** abzielt.

Der Redner zieht ebenfalls die Frage der **Regierungsbildung** in den Bereich seiner Betrachtung. Wir sind in der Koalition nicht mehr vertreten und haben uns daher bei der Wahl der Regierung der Stimme enthalten. Darin ist **keine abschätzige Kritik der Minister** zu sehen, mit denen wir ja 7 Jahre lang zusammengearbeitet haben. Bei unserer prozentualen Stärke in diesem Hause konnte es nicht unsere Aufgabe sein, in der Frage der Regierungsbildung Aktivität zu entwickeln. Wir haben uns aber auf Aufforderung einer der beiden großen Parteien bereit erklärt, in die Regierung einzutreten, da wir **grundsätzlich für die Weimarer Koalition und Republik** jederzeit einzutreten willens sind. Wir waren bereit mit den auf gleichem Boden stehenden Parteien nach besten Kräften die Verantwortung mitzutragen, wenn man uns dies nicht zu schwer oder gar unmöglich macht. Wir würden **auch die große Koalition** begrüßen, die wir nach wie vor für **die beste Lösung** halten. Diese Möglichkeit wurde aber durch einen — wie ich sagen muß — **befremdenden Schritt der deutschen Volkspartei** zerschlagen. Die Weimarer Koalition ist uns deswegen zur Unmöglichkeit geworden, weil man **unsere bisherige Position noch weiter verschlechtern wollte.** Die Auffassung des Abg. Duffner, als ob die Demokraten die Weltanschauungsprofessuren gefährden wollten, entbehrt der tatsächlichen Grundlage. Die **Verantwortung einer Partei** in der Regierung kann nach unserer Anschauung **nicht in ein Verhältnis zu der Zahl der Abgeordneten** gebracht werden. Wir sind bereit, uns an einer sozial eingestellten Regierung zu beteiligen, wenn man uns den Einfluß sichert, **den wir für nötig erachten.** Wir sind weder geflohen, noch davongelaufen; wir haben vielmehr in unserer parteiamtlichen Erklärung ausdrücklich darauf abgehoben, daß wir bei dem **„derzeitigen Stand der Dinge"** weitere Verhandlungen für zwecklos halten.

Der neuen Regierung werden wir **unsere sachliche Mitarbeit** nicht versagen. Ihrer Erklärung stimmen wir im allgemeinen zu; wir vermissen nur die Ankündigung des **Lehrerbildungsgesetzes** und eine Revision des **Schulgesetzes.**

Der Redner gibt zum Schlusse der Hoffnung Raum, daß **Locarno** auch wirtschaftlich eine Besserung bringen und dem **besetzten badischen Gebiet** zu einem früheren Zeitpunkt als im Versailler Vertrag vorgesehen, die Freiheit winken wird.

Abg. **Bock** vertritt

den kommunistischen Standpunkt.

Er bekämpft Locarno und sieht eine Rettung nur in der Annäherung an **Rußland** als Gegengewicht gegen den Weltkapitalismus. Seine Rede gipfelt in einer heftigen Kritik an der Regierungserklärung und den gegnerischen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie. Abg. Bock weist es dabei zurück, daß man **Steiner** gegen ihn ausspielen wolle. Es bestände nicht die geringste Differenz in der grundsätzlichen Auffassung der Betätigung der kommunistischen Partei.

In der zweiten Rednerreihe

spricht zuerst

Abg. Dr. **Schofer,** der Chef der Zentrumsfraktion. **Er bedauert die parteipolitische Zersplitterung,** die nur einem egoistischen Interesse diene und im letzten Wahlkampfe dazu führte, daß 40 000 Stimmen unnütz vergeudet wurden. Inzwischen sei eine Besserung eingetreten. Davon zeuge der Zusammenschluß zur Bürgerlichen Vereinigung. Landbund und Wirtschaftspartei hätten damit zugestanden, daß es völlig falsch ist, sich rein wirtschaftlich einzustellen. Die Rückkehr zur politischen Partei sei zweifellos ein Fortschritt. Aus der Tatsache der **mangelnden Wahlbeteiligung** dem ganzen Volke den Vorwurf der politischen Unreife zu machen, geht zu weit. Man sollte das vielfache Wählen auf ein normales Maß zurückführen. Das ist aber nur möglich, wenn einmal **die Politik des Krisemachens im Reiche** aufhört. Eine solche Politik ist weder vaterländisch noch national. Ein Fehler liegt auch im **Wahlsystem,** im heutigen Proporz, durch den der Abgeordnete viel zu sehr von seinem Wahlkreis und der Bevölkerung losgelöst wird. Ist dies anders, dann dürfte auch das Tempo des Wahleifers steigen. Meine Partei wird deshalb mit einem **konkreten Vorschlag an das Haus herantreten.** Auch innerhalb des Proporzes dürfte es möglich sein, das **System der Einerwahl** einzuführen.

Der Redner bemerkt im weiteren, daß er es unterlassen wolle, die Programme der einzelnen Parteien Revue passieren zu lassen, um nicht den friedlichen Charakter der Debatte zu stören.

Er setzt dann die Gründe gegen eine **Koalition der Mitte** auseinander. Eine Partei von der Bedeutung der Sozialdemokratie von der Regierung auszuschließen, wäre unpatriotisch und mit schweren Erschütterungen für das Land verbunden. Das Zentrum hält daran **fest,** daß **die große Koalition ein erstrebenswertes Ziel** darstellt.

Nachdem diese gescheitert war, wandten wir uns der **Weimarer Koalition** zu. Das waren wir unseren bisherigen Bundesgenossen schuldig. Als wir den Widerstand der Demokraten merkten, gaben wir nach auch inbezug auf die **Person des Unterrichtsministers.** Nur auf dem Gebiete des **Hochschulwesens,** wo wir berechtigten Grund zur Klage haben, mußten wir fest bleiben. Die Gefahr lag nahe, daß der Freiburger Geschichtslehrstuhl den Katholiken verloren ging. Hätten wir dies zugelassen, so müßten wir Troddel sein. Es wäre ein Faustschlag ins Gesicht des Zentrums gewesen. Die Lehr- und Lernfreiheit derer wäre beeinträchtigt worden, die hinter uns stehen. Wir können es darum nicht verstehen, daß gerade Demokraten diesen Anlaß benützt haben, um die Flinte in das Korn zu werfen und zu sagen: Wir machen nicht mehr mit! Die Zeit ist vorbei, da wir uns als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen. Der Redner freut sich über das friedliche Verhältnis zwischen **Staat und Kirche** und hofft, daß das Gesetz betr. die kirchliche Vermögensverwaltung zu einem gedeihlichen Abschluß gebracht wird. Der Redner bekämpft zum Schluß den Nationalismus, der dem Volk weder Arbeit noch Brot bringe. Dr. Luther und Dr. Stresemann seien sicherlich nicht mit innerer Sympathie nach Locarno gegangen, sondern in dem **Pflichtbewußtsein,** unsere darniederliegende Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen. Der Redner verurteilt in diesem Zusammenhang die deutschnationale Taktik. Darüber sind auch wir nicht im Zweifel, daß von Locarno aus uns **noch ein langer, dornenvoller Weg** bevorsteht. Es wäre aber zu wünschen, daß die verständnisvolle ruhige Art, mit der Abg. Mayer die Dinge hier vortrug, auch in der deutschnationalen Reichstagsfraktion **platzgreifen** möge. Der Redner betonte zum Schluß, daß sich das Zentrum allein leiten lasse von dem großen Gedanken des Rechts.

Gegen halb 2 Uhr **vertagt** sich das Haus auf nachmittag 4 Uhr.

Eingänge

Dem Landtag sind folgende **neue Eingaben** zugegangen: Des Bürgermeisteramts Eberbach betr. die Neckarkanalisierung, des Badischen Winzerverbandes betr. die Notlage des Winzerstandes, sowie des Verbandes der Polizeibeamten Badens betr. Sonderzulage für Polizeibeamte.

Eine Kurze Anfrage des Abg. **Bock** (Komm.) hat die Übersiedlung der badischen Eisenbahnbeamten von Basel nach deutschem Gebiet zum Gegenstand und enthält den Wunsch, diese Übersiedlung auf die wärmere Jahreszeit zu verschieben.

Badischer Teil

Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Textil-Gewerbe

Unter der Überschrift „Kursus über Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Textilgewerbe" hat der „Badische Beobachter" in seiner Nummer vom 24. November einen Bericht über den am 9. und 10. November veranstalteten Kursus über Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Textilgewerbe gebracht, der Veranlassung zu einer Richtigstellung gibt. In dem Bericht ist über die Zusammensetzung der Kursteilnehmer ausgeführt:

„Was uns (christlich-nationaler Textilarbeiterverband) jedoch nicht ohne weiteres begreiflich erscheint, ist die Berücksichtigung der Teilnehmer nach der Organisationszugehörigkeit. Die Arbeiterräte aus dem **christlich-nationalen** Textilarbeiter-Verband waren mit nicht einem Drittel der Teilnehmer berücksichtigt."

Es wird dann die Frage gestellt, ob das Gewerbeaufsichtsamt bei der Auswahl der Teilnehmer ein System zugrunde lege, für das die christlich-nationalen Arbeiter kein Verständnis haben könnten. Demgegenüber stellen wir fest: Die Betriebe, aus denen die Kursteilnehmer entnommen werden sollen, werden nach den Vorschlägen der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ausgewählt. Alsdann ergeht an die Betriebsleitungen und Betriebsräte der ausgesuchten Betriebe das Ersuchen, Vorschläge für Kursteilnehmer zu machen. Vom Gewerbeaufsichtsamt werden dann die so Vorgeschlagenen zum Kurs einberufen, ohne daß das Gewerbeaufsichtsamt auf die Auswahl der Personen oder gar auf deren Organisationszugehörigkeit auch nur den geringsten Einfluß ausübt. Es muß deshalb die Unterstellung, als ob das Gewerbeaufsichtsamt irgendwie parteilich handeln würde, mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Es bleibt den Mitgliedern der einzelnen Organisationen überlassen, innerhalb der Betriebsräte ihre Wünsche und Vorschläge zur Geltung zu bringen.

Ein Auswanderungsschwindel

Ein gewisser **E. Lenar in Rio de Janeiro** versucht neuerdings, leichtgläubige Deutsche dadurch auszunutzen, daß er auf eine bestimmte Art, die er **„System Brazil"** nennt, Gelegenheit bietet, „auf freier Scholle ein freier Mann zu werden". In verlockenden Prospekten mit der Überschrift „Wir geben für nichts! Bestimmen Sie selbst" empfiehlt er sein System und bietet für nichts in **Brasilien** ein Landlos von 20—25 Hektar mit Haus in gesunder Lage und in der Nähe der Bahn, sowie freie Überfahrt für drei Personen und Unterstützung für ein halbes Jahr, je Monat 100 Milreis. Mit dem Prospekt werden außer einer Stammkarte, die für den Empfänger bestimmt ist, 5 sogen. Einzahlungsbeweise verschickt, die jeder Interessent zu je 2 RM. zu kaufen und den Betrag von 10 RM. an Lenar einzusenden hat. Diese Karten hat er binnen 2 Wochen an 5 Bekannte zu verkaufen, so daß er dadurch wieder in den Besitz seiner 10 RM. käme. Die Käufer dieser Einzahlungsbeweise sollen diese unter Beifügung von 10 RM. an Lenar senden, wofür sie außer einer Stammkarte 5 neue Einzahlungsbeweise erhalten, um sie gleichfalls zu verkaufen. Also auch diese, wie alle nachfolgenden Käufer, erhalten die gezahlten 10 RM. zurück. Nachdem auf diese Weise eine bestimmte Anzahl von Einzahlungsbeweisen in Umlauf gelangt ist, erhält der erste Käufer Nachricht, damit dieser seine Wahl treffen kann und dann soll er sofort etwa 5000 RM. in bar oder das vorerwähnte Landlos erhalten. In dem Prospekt wird besonders hervorgehoben, daß jeder an die Reihe kommen und binnen 4—5 Monaten der letzte Interessent der Serie befriedigt werden soll. Nach dem Ergebnis der angestellten Nachforschungen ist das Unternehmen darauf eingestellt, sich **von gutgläubigen Auswanderungslustigen Geldmittel zu verschaffen und auf diese Weise die Ärmsten der Armen um ihr sauer verdientes Geld zu betrügen.**

Vor dem Unternehmen wird **gewarnt.** Etwaige Geschädigte wollen **des Badischen Landespolizeiamt** in Karlsruhe Mitteilung machen.

Falsche 100-Schweiz.-Francsnoten

Ein Italiener, etwa 1,76 Meter groß, schlank, blonde Haare, blaugraue Augen, große gebogene Nase, lückenhafte Zähne, am linken Unterarm innen 11 Zentimeter oberhalb des Handgelenks 1,5 Zentimeter lange unförmige Narbe, Ring- und Kleinfinger steif, spricht deutsch, italienisch, französisch und flämisch, hat in Stuttgart und andern Städten falsche schweizerische 100 Francsnoten in Zahlung gegeben.

Da anzunehmen ist, daß er auch auf badischem Gebiete Noten verausgaben wird, warnt das **Badische Landespolizeiamt** vor ihm mit der Bitte, ihn bei Auftauchen der Polizei oder Gendarmerie übergeben zu wollen.

Bücheranzeigen

Julius Hirsch: Das amerikanische Wirtschaftswunder. (Geheftet 4.50 Mk. S. Fischer Verlag A.-G., Berlin.) — Das amerikanische **Wirtschaftswunder** ist im Grunde genommen dieses: **Bei etwa 4fachen Löhnen wie in Deutschland ist das Preisniveau nicht einmal doppelt so hoch, ja, in wichtigen Zweigen der industriellen Wirtschaft ist Amerika mit uns konkurrenzfähig und stellenweise sogar konkurrenzüberlegen.** Ob dieser Wirtschaftsvorsprung, eben das amerikanische Wirtschaftswunder, von uns eingeholt, vielleicht sogar überkompensiert werden kann, das ist schließlich ganz Europas wirtschaftliche und auf die Dauer auch kulturelle Daseinsfrage. Staatssekretär Hirsch gibt in plastischer Darstellung allen deutschen Wirtschaftsinteressierten diese Antwort: Nur ein Teil und zwar nur der kleinere, beruht auf der zweifellos großen Gunst der Natur. Den größeren Teil schafft die aus der Not geborene, aber nun weit überlegene Arbeitsorganisation der neuen größten Großmacht; dazu ihre Freiheit von hemmenden Zwischengrenzen und vor allem die größere Wirtschaftsenergie dieser Nation, die europäische Ausmaße auch rein seelisch übersteigt.

Die Geschichte Thidreks von Bern. Übertragen von **Fine Erichsen.** (Verlag Eugen Diederichs, Jena). — Dieser Band nimmt in der Thulereihe insofern eine Sonderstellung ein, als seine Sagen nicht ursprünglich nordischer, sondern deutscher Herkunft sind. Vornehmlich um die Heldengestalt des großen Ostgotenkönigs Dietrich von Bern gruppieren sich diese Sagas, die mit der Nibelungensage und anderen deutschen Stoffen in Zusammenhang stehen. Eine neue Quelle für Kritik und Verständnis unserer Sagen, wie der Heldensage überhaupt, erschließt sich uns hier.

Isländische Heldenromane. Übertragen von **Paul Herrmann.** (Verlag Eugen Diederichs, Jena.) — Die Geschichten dieses neuen Bandes der Sammlung Thule sind nur in ihrer äußeren Form der Saga verwandt, sie sind Erzeugnisse freischaffender Phantasie und behandeln in fabulierender Art die historischen Ereignisse der älteren Wikingerzeit; sie bewegen sich auf dem mythisch-heroischen Boden der Heldensage. Die Völsungasage gab Richard Wagner die wichtigste Anregung für seine „Walküre", zum Teil für den ganzen „Ring".

Jean Paul: Werke. Gekürzte Gesamtausgabe der poetischen Werke, herausgegeben von Dr. Josef Müller. In vier Bänden mit etwa 4500 Seiten Text und dem Bilde des Dichters. Auf holzfreiem Dünndruckpapier gedruckt. Einbandzeichnung von Paul Renner. (Preis in vier vornehme Glanzleinenbände mit Pressung in echt Gold gebunden 60 Mark, Verlag von Albert Langen in München.) — Jean Paul ist einer der größten Denker und Dichter, die wir Deutschen haben, aber er wurde bisher wenig gelesen; die Form seiner Darbietungen schreckt viele ab. Es muß zugegeben werden, daß z. B. die „Unsichtbare Loge" und der „Hesperus" vollständig nicht mehr gelesen werden können, so wenig wie die Messiade; die aber ganz wegzulassen, wie es in den landläufigen „Auswahlen" der Werke Jean Pauls geschieht, ist eine Versündigung an dem Dichter, denn sie enthalten unverwelkliche Schönheiten, und ohne die schwärmerischen Jugendromane ist das Gesamtbild Jean Pauls nicht vollständig. — Wie ist da zu helfen? Durch eine verständige Kürzung und Weglassung der übersentimentalen Ergüsse und burlesken Einschiebsel. Dann treten der hohe Ideengehalt und der unvergleichliche Humor in ihrer Wirkung ungestört hervor, und die Lektüre wird ein hoher Genuß statt einer „Pferdearbeit", wie sie selbst Friedrich Theodor Vischer, der große Verehrer und Schüler Jean Pauls, genannt hat. — es ist erstaunlich, wie gut diese Aufgabe in der „Gekürzten Gesamtausgabe der poetischen Werke Jean Pauls" bei Albert Langen in München gelöst ist. In vier Bänden mit etwa 4500 Seiten wird die Quintessenz dieses deutschesten aller deutschen Dichter geboten. An den beibehaltenen Partien ist nichts geändert; nur das Veraltete, Ungenießbare, das theoretisch Abstrakte ist abgefallen und der klare Fluß der Erzählung nicht mehr vom Gestrüpp der Extrablätter gehemmt. Dadurch ist Platz gewonnen, auf dem bisher Unbeachtete aus der Jugendzeit, z. B. „Die Blüten des Andachtsbüchleins", „Humoristische Aufsätze und Tageblätter", ins Gedächtnis gebracht werden konnte. Auch wertvolle Einleitungen und Erklärungen, sowie bibliographische Notizen sind angefügt. Der Herausgeber ist der bekannte Jean Paul-Forscher Dr. Josef Müller, der auch eine Gesamtwürdigung des Dichters als Mensch, Philosoph, religiöser Denker, Ästhetiker, Sprachmeister und Politiker geschrieben und die „Vorschule zur Ästhetik", sowie andere philosophische Arbeiten neu herausgegeben hat. — Die Ausstattung der Ausgabe ist sehr gediegen.

Die Markgräfin von Bayreuth. Friedrichs des Großen Lieblingsschwester. Von A. v. Gleichen-Rußwurm. (Mit 18 Abbildungen, Oktavformat. Einband von Walter Tiemann. In Leinen M. 8.50. Julius Hoffmann, Stuttgart). — Zum erstenmal wird hier eine geschlossene, reich illustrierte Biographie der Lieblingsschwester Friedrichs II. geboten, der einzigen Frau, die dem großen König geistige Gefährtin war.

Lytton Strachey: Queen Victoria. (Geheftet 6.50 RM. S. Fischer Verlag A.-G., Berlin.) — Obwohl Strachey beständig genötigt ist, sich mit den Fragen der hohen Politik Europas, ja der ganzen Welt, auseinanderzusetzen, gleicht seine Erzählung einem Roman. Sie ist von häuslicher und menschlicher Atmosphäre erfüllt, sie ist niemals schwerfällig und doktrinär, sondern gesund, unterhaltsam, unmittelbar, anziehend.

Oscar Wilde: Letzte Briefe. Deutsch von **Max Meyerfeld.** (Geheftet 6 RMk. S. Fischer Verlag A.-G., Berlin.) — Der Band vereint neunzig Briefe, sämtlich nach der Strafzeit geschrieben und an Robert Roß gerichtet. Sie sind bisher nur zu einem Teil und bruchstückhaft in englischer Sprache bekannt geworden, sodaß diese deutsche Veröffentlichung nahezu als Urausgabe bezeichnet werden kann.

15 Jahre bei den Kannibalen in Zentral-Afrika von **Edgar Wallace.** Berechtigte Übersetzung von Richard Kilas. Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, Kohlgartenstr. 20. Preis Mk. 5,50. Ganzleinen.). — Mitten hinein in die geheimen Gesellschaften, in die Szenen des Kannibalismus und des Fetischismus führt uns dieses Buch. Die Gefahren, die der englische Bezirksamtmann Sanders im Kampfe mit den geheimen Mächten und den geheimnisvollen, die Leidenschaften jener Völker oft bis zur Raserei aufpeitschenden Unterströmungen zu bestehen hatte, sind ungeheuerlich. Die Wahrheitstreue dieses meisterhaften Werkes macht selbst vor der englischen Regierung nicht Halt! Für uns Deutsche aber ist das Buch doppelt interessant, weil es uns einen tiefen Einblick in praktische englische Kolonialpolitik und einen Vergleich mit unserer eigenen Kolonialpolitik — wehmütigen Erinnerns — gestattet, einen Vergleich, der hoffentlich dazu beitragen wird, in unserer Forderung auf Herausgabe unserer Kolonien niemals müde zu werden.